

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

AK-Wahl 2019



Die Regierung will die AK schwächen.

Stärken WIR unsere AK!

AK-Wahl 2019

Wählen gehen? Ja, natürlich! Doch: wählen alleine genügt nicht! Einschalten, einmischen, aufmischen von unten – im Interesse der und durch die arbeitenden Menschen!

Derzeit und noch bis 10. April 2019 finden österreichweit, jeweils hintereinander in allen Bundesländern die Wahlen zu den Arbeiterkammern (AK) statt. Gewählt werden kann im Betrieb, in den AK-Zentralen der Bundesländer bzw. in den AK-Beratungszentren oder in öffentlichen Wahllokalen. Personen, die eine Wahlkarte zugesendet bekommen, können per Post oder in einem der öffentlichen Wahllokale wählen.

Während die Regierungspropaganda von der „Entlastung Österreichs“, von der „größten Steuerreform aller Zeiten“ andauernd in den Medien hinauf und hinunter gebetet und mit vielen Millionen Euro teuren Regierungsinseraten (ca. 20 Mio. Euro allein im 4. Quartal 2018) aus unseren Steuergeldern propagiert wird – gibt es nicht mehr im Geldbörstel. Im Gegenteil werden Freizeit und bezahlte Überstunden geraubt, Kindergeld und Kinderbetreuungskosten für alle gestrichen, dafür ein „Familienbonus“ nur für Besserverdiener eingeführt, Gesundheitskosten (Wahlärzte) erhöht, steigende Mieten nicht bekämpft, der freie Karfreitag für hunderttausende Religionsausübende gestrichen und vieles anderes mehr. Die Wahlen zur AK hingegen, der gesetzlichen Vertretung der 3,7 Millionen arbeitenden Menschen, werden von Regierung und Medien praktisch totgeschwiegen!

Das hat seinen Grund. Vor allem Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung im Verbund mit Regierung und Medien wollen die

Vertretung der Arbeitenden, allen voran Betriebsräte, ÖGB, Einzelgewerkschaften und eben die AK schwächen.

Direkt abschaffen will man die AK derzeit (noch) nicht. Aber schwächen durch Mittelentzug (Senkung des AK-Beitrages) und umfärben – ähnlich wie in der Sozialversicherung durch verstärkte Einflussnahme der Regierung und damit der Unternehmer, das auf jeden Fall. Ein direkter offener Angriff wie auf die Sozialversicherung oder auf den 8-Stundentag, das würde momentan noch auf Unverständnis und Ablehnung bei den Menschen stoßen. Daher ist momentan (bis zum Ende der AK-Wahl Ende April) Totschweigen seitens der Regierung angesagt, damit die AK-Wahlbeteiligung nicht steigt.

Die Regierungsparteien und die Wirtschaft hoffen darauf, dass die AK-Wahlbeteiligung gleichbleibt oder gar sinkt. Das soll dann als Vorwand genommen werden, die „Unnötigkeit“ der AK zu „beweisen“ und mit den Angriffen zu starten.

Die Regierung will die AK schwächen!

Wie? Durch Reduktion des AK-Beitrages oder Aufhebung der gesetzlichen Vertretung der Arbeitnehmer*innen (Pflichtmitgliedschaft). Das bedeutet weniger Hilfe und Rechtsschutz für die AK-Mitglieder, also für 3,7 Millionen arbeitende Menschen und Lohnraub durch drohendes Ende des Kollektivvertrages.

Schon jetzt versucht die Regierung in den Kollektivvertrag (gerade beim Generalkollektivvertrag zum Karfreitag, um diesen als freien Tag aufzuheben) einzugreifen. Was wird sie erst tun, wenn das Schutzschild AK geschwächt oder abgeschafft ist?

Dagegen müssen AK, ÖGB, Gewerkschaften, SPÖ und Zivilgesellschaft vehement auftreten.

Dagegen muss die AK selbst gleich nach den AK-Wahlen

- a) mit Hilfe der Belegschaftsvertretungen und ihren tausenden Beschäftigten
- b) ihre 3,7 Millionen AK-Mitglieder

über diese für die ArbeitnehmerInnen schädlichen Vorhaben der Regierung offensiv informieren und dagegen massiv und schnell mobilisieren!

Es geht um die aktive Zurückweisung der Angriffe der Regierung durch AK und ÖGB! AK, ÖGB und SPÖ haben eine Bringschuld! **Stillhalten ist die falsche Antwort!** Nicht warten wie bei 12-Stunden-Tag oder „Sozialversicherungsreform“ bis die Grauslichkeiten und Verschlechterungen der Regierung Gesetz sind! Danach hilft dann auch keine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof (VfGH). Das hat man schon 2001 beim ersten Angriff von Schwarz-Blau auf die Sozialversicherung gesehen. Damals wurden die weitergehenden Zerstörungsvor-

haben der sozialen Versicherung durch breiten Protest und Widerstand verhindert.

Was hilft also? So wie schon 2001: Schnelles Handeln, gestützt auf die AK-Mitglieder, auf die arbeitenden Menschen und durch deren aktive Einbeziehung und Mobilisierung!

Ganz konkret soll die AK ihre 3,7 Millionen Mitglieder zu öffentlichen Veranstaltungen aufrufen und dort offensiv informieren und einbeziehen, was eine Kürzung

des **AK-Beitrages** (zum Beispiel für Rechtsschutz, Konsumentenschutz) bedeutet, was eine **Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft** für Arbeitnehmer*innen und für Kollektivverträge bedeutet: **Lohnraub und Zukunftsraub!**

Liebe AK-Mitglieder und liebe Pensionistinnen und Pensionisten, die ihr einmal AK-Mitglieder gewesen seid und wo für Euch auch heute noch der **AK-Konsumentenschutz** ganz wichtig ist – schaltet Euch selbst

ein, beteiligt Euch bei der Verbreitung der Wichtigkeit der AK, des AK-Rechts- und Konsumentenschutzes!

Schreibt, mailt, geht hin und fordert aktive Mitsprache ein!



Warum Arbeiterkammer und Kollektivvertrag so wichtig sind!

Wie hoch ist der AK-Beitrag?

- 0,5 % des Bruttoeinkommens
- durchschnittlich ca.7 Euro/Monat
- 816.000 Menschen zahlen 0 Euro, weil z.B. arbeitslos oder in Karenz

Was macht die AK mit den Mitgliedsbeiträgen?

- 2 Millionen Beratungen/Jahr
- 532 Millionen Euro für Mitglieder erstritten
- 40 Millionen Euro vom Finanzamt zurückgeholt
- 4,6 Millionen Euro Bildungsgutscheine

AK und Kollektivvertrag

- im Auftrag der AK verhandeln die Gewerkschaften Kollektivverträge
- der Kollektivvertrags-Partner ist die Wirtschaftskammer
- Was haben Arbeiter und Angestellte von der Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der Wirtschaftskammer?

Unternehmen können nicht aus der Wirtschaftskammer austreten und müssen den Kollektivvertrag ihrer Branche anwenden. Deshalb ist die Industriellenvereinigung gegen die Pflichtmitgliedschaft.

Vorteile des Kollektivvertrages

- In Österreich sind 98 % der Beschäftigten durch Kollektivverträge erfasst.
- In Deutschland z.B. nur 53%.
- Die Folge: Lohndumping!

Die AK vertritt

- 3,7 Millionen unselbständig Beschäftigte

Der AK-Konsumentenschutz kommt allen zugute, besonders jenen, die wenig Geld zum Leben haben – so auch den 2,3 Millionen Pensionisten



Versprochen:

LKW-Abbiegeassistent, für weniger Verkehrstote

Tatsache:

Die Wirtschaft, insbesondere die Frächterlobby, verhindert den sofortigen Einsatz – weitere Tote vorprogrammiert

Versprochen:

Karfreitag:

Niemandem wird etwas weggenommen

Tatsache:

Streichung des Feiertags durch Eingriff in den Generalkollektivvertrag

... Fortsetzung folgt – leider – in den nächsten Ausgaben ...

Kickl I

Alles was Recht ist

Wenn derzeit über die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) „diskutiert“ wird und die Regierung davon spricht, dass das Recht der Politik zu folgen habe, dann will sie die Menschen damit in die Irre führen beziehungsweise täuschen.

Denn geht es nach der Regierung, soll das Recht der politischen Rechten gehorchen. Das heißt: schrankenlose Freiheit für die Konzerne und ihre Profitwillkür. Sie sollen per Gesetz Mensch, Umwelt und Sozialsysteme ausbeuten und vernichten und durch Kriege zerstören dürfen. Das sind die wirklichen „Gefährder“ dieser Welt.

Wenn es als Antwort auf die Angriffe von rechts bloß heißt: „Recht geht vor Politik“, dann wäre das wiederum zu Ende gedacht ja kein Rechtsstaat, sondern ein Richterstaat. Weiter gedacht bedeutet die Unterordnung der Politik letztlich eine Abschaffung der Demokratie, also des Einflusses – wie viel auch immer – des Volkes.

Die Rechten, das heißt die Superreichen und Konzerne und ihre Handlanger in Unternehmer- und Industrieverbänden, in Politik und Medien, wollen das Recht an ihre

Wünsche und Bedürfnisse anpassen. Nichts anderes sind die Wünsche der Industriellenvereinigung, die jetzt von der Regierung – sei es das 12-Studenten-Gesetz, sei es das Gesetz zur „Reform der Sozialversicherung“ usw. – ja gerade ohne Verhandlungen, ohne der Suche nach einem Kompromiss auf Teufel komm heraus in Gesetzesform, also in „Recht“ gegossen werden.

Klar, demokratische Rechtsstaatlichkeit sowie Grund- und Freiheitsrechte sind einzuhalten. Die Politik muss darauf achten, dass Wirtschaft, Rechtssystem und Gesellschaft sich auch daran halten.

Die Politik hat gestützt auf und im Interesse der großen Mehrheit / Masse der Bevölkerung über die Wirtschaft zu bestimmen und im Interesse der Masse der arbeitenden Menschen Recht zu setzen (Gesetze zu erlassen), nicht aber für die 1% Superreichen und Multis.

Rechtssetzung im Interesse der Menschen und gegen die Kriegstreiber, das war beim Ende der Monarchie und der Gründung der Republik so, erreicht durch die Revolutionen in Folge des Krieges

der Habsburger und des Deutschen Reiches.

Das war Gott sei Dank so nach Niederringung des Faschismus durch Gründung der 2. Republik.

Und das war selbst so beim Kampf um die Verhinderung des AKW Zwentendorf, weil es eben so war: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“.

Um gegen die Rechten erfolgreich zu sein, ist der Ruf nach dem Rechtsstaat absolut zu wenig, in die Irre führend und gefährlich. Nur indem man politisch auftritt und sich einsetzt, sich dem entgegenstellt, kann man bestehende Ungerechtigkeiten erfolgreich bekämpfen (siehe Sozialgesetze der 1. und 2. Republik als Ausdruck des Sieges über Monarchie und Faschismus).

Ihr Recht kommt von oben, beruht auf dem „Recht“ des Stärkeren, auf dem Faustrecht, ist unmenschlich und zerstörerisch.

Unser Recht kommt von unten, gründet sich auf Solidarität, Gleichheit und Freiheit.

✱

Kickl II

„Sicherungshaft“

Weiterer Schritt zu Polizei- und Überwachungsstaat

In Dornbirn wurde der Sozialamtsleiter von einem Asylwerber ermordet, der eigentlich ein Einreiseverbot nach Österreich hatte. Diesen tragischen Vorfall nimmt der FP-Innenminister Kickl zum Anlass, eine „Sicherungshaft“ für sogenannte „Gefährder“ zu verlangen und wird dabei voll vom Bundeskanzler unterstützt.

Zu diesem Zweck soll das Verfassungsgesetz zur Personenfreizügigkeit geändert werden. Geplant ist die „Sicherungshaft“ für Asylwerber, die „eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen“ so Kickl.

(<https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=376A657238333556376413D>).

Wie der Mord in Dornbirn wirklich passieren hat können, welche allfälligen Versäumnisse der Polizeibehörden dazu geführt haben, ist unbekannt und wird unter Verschluss gehalten. Selbst Justizminister Moser musste in einem ORF-Interview zugeben, dass er keine Details wisse, seine Informationen nur aus den Medien habe (ZIB 2, 6.3.2019). Man stelle sich das einmal vor: Der Vorfall in Dornbirn wird als Anlass für die Einführung einer „Sicherungshaft“ genommen, um die „Sicherheits-

lücke“ zu schließen, so Bundeskanzler Kurz, Justizminister Moser und Innenminister Kickl im Gleichklang. Aber selbst der Justizminister weiß nichts darüber, wie es dazu kam?

Burgenlands neue SPÖ-Landeshauptmann Doskozil hat in diesem Zusammenhang sogar versucht, Kickl noch weiter rechts zu überholen, indem er die Sicherungshaft auf Basis einer psychologischen Prüfung auf alle Österreicher und Österreicherinnen auszudehnen verlangt hat.

Fortsetzung von Seite 5:

Aber genau da ist es, was die türkisch-blaue Regierung letztlich will: hat sie einmal das neue Gesetz, kann sie es jederzeit auf alle Staatsbürger ausweiten. Denn die vom Innenminister gegebene Beschreibung der „Sicherungshaft“ sieht keine konkreten Kriterien vor, wann jemand in „Sicherungshaft“ genommen werden kann.

Es gibt keine genaue Beschreibung, welche Tatbestände erfüllt sein

müssen usw. Auch der Präsident der Rechtsanwaltskammer Rupert Wolff und die Präsidentin der Richtervereinigung, Sabine Matejka, befürchten über Asylwerber hinausgehende Eingriffe in Freiheitsrechte und halten das Gesetz für „brandgefährlich“.

Wieso? Matejka: „So wie ich das verstanden habe, soll die Verfassungsänderung nicht gezielt auf eine Regelung im Asylbereich abstellen, sondern viel offener sein. Damit

eröffnet man die Möglichkeit für weitere einfachgesetzliche Eingriffe in Freiheitsrechte.“ (ORF, ZIB 1, 7.3.2019).

Damit ist der Willkür gegen alle Tür und Tor geöffnet. Heute sind es „Asylwerber“, morgen protestierende Gewerkschafter*innen, klimastreikende Schüler*innen und Student*innen oder streikende Arbeiter*innen. Das steckt hinter der „Sicherungshaft“.

*

Kickl III

Ausreisezentrum – für Kickl ...

... ist das der neue Name statt bislang „Aufnahmezentrum“ für Flüchtlinge und Asylsuchende.

Doch die Namensänderung ändert nichts an der Tatsache, dass sowohl die Zahl der Flüchtlinge als auch die Zahl der Asylanträge massiv zurückgegangen ist. Die Namensänderung soll Alarm, totale Gefahr und „Tatkraft“ der Regierenden signalisieren, wo die Gefahr nicht so riesig wie dargestellt und die „Macherqualität“ geringer als vorgespiegelt ist. Zudem soll signalisiert werden, die Lösung aller Probleme sei dadurch gegeben.

Doch in Wirklichkeit ist diese Vorgangsweise nicht nur menschenverachtend, sondern dient zur Ablenkung von den wahren sozialen Ungleichheiten im Land, dass die Reichen reicher, die Armen noch ärmer gemacht werden. Indem auf „die Ausländer“, die Arbeitslosen, die Notstands- und Mindestsicherungsbezieher hingehauen wird, soll davon abgelenkt werden, dass es die in- und ausländischen Superreichen, die in- und ausländischen Konzerne sind, die der Regierung das Programm diktieren. Es ist oberste Aufgabe der Regierung, Sündenböcke bei den unteren Schichten zu suchen auf die draufgeschlagen wird, damit sich Wut und Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit nicht nach oben, nicht gegen die Reichen und Konzerne richten.

Was Flüchtlings- und Asylleid, was Flüchtlings- und Asylwanderungen

verhindern würde, wäre Beendigung der Kriege und Militärinterventionen dort, woher die Geflüchteten kommen. Die Regierung verurteilt und bekämpft nicht die Kriegstreiber, ja macht politisch und zum Teil schon militärisch trotz unserer Neutralität überall mit. Die Regierung bekämpft nicht die Kriegstreiber, sondern die vor Krieg und Not Flüchtenden. Sie zahlt nicht einmal genug oder gar nichts an die UNO-Flüchtlingsorganisation, um ausreichend Nahrung und ordentliche Flüchtlingsunterkünfte vor Ort sicherstellen zu können. Aber gleichzeitig regt sie sich auf, dass so viele zu uns kommen.

Das ist ein abgekartetes, menschenunwürdiges und menschenverachtendes Spiel. Weil die USA, Israel und Saudi-Arabien, die den IS und die IS-Terroristen finanziert haben, Syrien nicht erobern konnten, kommen aus

dieser Gegend tatsächlich weniger Flüchtlinge. Je weniger Asylanträge gestellt werden, umso lauter brüllt die Regierung. Österreichweit stehen Flüchtlingsquartiere leer und private Betreiber haben über Jahre hinaus noch weiterführende, gut bezahlte Verträge – das kostet uns Steuerzahler viel Geld. Auch das soll die Umbenennung der Aufnahmezentren in „Ausreisezentren“ vertuschen. Die Regierung will erreichen, dass wir jubeln, während wir gleichzeitig immer mehr für die Konzerne zur Kasse gebeten werden. Die wahren „Zuwanderer ins Sozialsystem“ sind die Reichen und Konzerne, die im Verhältnis zu den unteren Einkommen keine oder geringe Steuern zahlen. Denn auch die nicht lohnsteuerpflichtigen Niedrigverdiener (Working Poor / Arbeitsarmut) zahlen alle Massen- und Konsumsteuern, teure Mieten, Abgaben usw. o



Wo bleibt der Masterplan?

Die Regierung will demnächst einen Masterplan für die Pflege entwerfen. Dabei gibt es viel zu tun.

Die Zahl der Pflegebedürftigen ist stark im Ansteigen begriffen. Allorts wird jetzt schon der Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal spürbar. Sowohl in Pflegeheimen als auch in der mobilen Pflege gibt es einen überproportional hohen Anteil an Arbeitsplätzen für Menschen mit Migrationshintergrund, ohne die bereits die aktuellen Pflege- und Betreuungsleistungen nicht erbracht werden könnten.

Dennoch ist es ein Faktum, dass in der Pflege generell ein Mangel an gut qualifiziertem einheimischen Personal herrscht, weil vor allem sprachliche, kulturelle und sozial-kommunikative Kompetenzen in der Betreuung von Demenzkranken besonders wichtig sind. **Gutes Personal findet man nicht nur über eine zusätzliche Attraktivierung der Arbeitsbedingungen, sondern schlicht über bessere Bezahlung.**

Die Kollektivverträge in der Pflege und Betreuung zählen langläufig nicht zu den am besten ausgehandelten, und Fachhochschulabgänger aus den Bachelor-Pflegestudienlehrgängen machen lieber eine Mechatroniklehre, weil man dort langfristig mehr verdient als in der Pflege mit Bachelor-Abschluss. Ebenso erhalten Polizeischüler in der Ausbildungszeit im zweiten Ausbildungs-jahr (ohne Matura) so viel, wie der Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft für ausgebildete FH-Abgänger des Studiums der Gesundheit- und Krankenpflege ausweist. Ein ausgebildeter Polizist kommt laut Homepage der Polizei auf ein Grundgehalt von 3600 Euro brutto.

Davon ist die Pflege - vor allem in den mobilen Diensten - weit entfernt. Und vor allem in den mobilen Diensten fehlt das Personal. Also genau dort, wo gerade der Kollektivvertrag für Sozialwirtschaft verhandelt wird. Von dem die

Arbeitgeber seit Jahren monieren, man könne nicht besser bezahlen, weil die öffentliche Hand kein Geld zur Verfügung stellt und Stunden- sowie Tagessätze in der Pflege und Betreuung zu niedrig sind.

Geringere Pensionen, aber mehr Pflegebedarf bei Frauen

Dieses Beispiel zeigt eindrücklich, wie wenig uns die Pflege von betroffenen Menschen wert ist. Für die Bezahlung der Pflege werden die Pension und das Pflegegeld herangezogen. Der Anteil der Pflegegeld beziehenden Frauen (217.683) war im Jahr 2017 fast doppelt so hoch wie jener der Männer (118.515). Hingegen sind die Durchschnittspensionen der Männer (1470 Euro) um 60 Prozent höher als jene der Frauen (912 Euro), zugleich leben Frauen im Durchschnitt vier Jahre länger als Männer.

Gesellschaftspolitisch und vor allem finanztechnisch sind Frauen noch lange nicht in allen Belangen gleichgestellt. Unabhängig von Karriereeinbußen durch Schwangerschaften, schlecht bezahlten Teilzeitjobs, Benachteiligungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen und grundsätzlich schlechteren Karrierechancen haben Frauen auch 2019 noch lange nicht die volle Gleichberechtigung in der Gesellschaft erreicht.

In Bezug auf die Pflege erfahren Frauen bereits jetzt schon massive Benachteiligungen (der Sozialstaat muss mehr zuschießen, weil es im Erwerbsleben durch ungleiche Rahmenbedingungen nicht ausreichende Pensionen gibt), deren Folgen jedoch auch wieder auf die nächsten Generationen von Frauen abgewälzt werden. Deswegen trifft jeder Abbau von Sozialleistungen beziehungsweise Deregulierung (zum Beispiel Arbeitnehmerschutzrechte, 12-Stunden-Arbeitstage) Frauen in einem ungleich stärkeren Ausmaß als Männer. Durch die geringe Ausfinanzierung der Pflege können auch die überproportional in

der Pflege tätigen Frauen nicht jene Gehälter erzielen, die einer wirklichen Gleichstellung würdig wären.

Hierbei geht es um Arbeitsbedingungen sowie Arbeitszeiten, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten, wie auch um ein Einkommen, das es einer alleinerziehenden Mutter in Teilzeitarbeit ermöglicht, würdig leben zu können, und darum, dass ihre Arbeitszeit in Form von Kindererziehung beziehungsweise auch von Pflege eines nahen Angehörigen voll auf die Eigenpension angerechnet wird.

35-prozentiger Wertverlust beim Pflegegeld in 25 Jahren

Das Pflegegeld wurde vor 25 Jahren eingeführt und seither fünfmal erhöht. In diesem Zeitraum erfuhr es einen 35-prozentigen Wertverlust, was sich wiederum auf die Finanzierung der Pflege auswirkt. Die Pflegegeldeinstufung wird bei einem Erstantrag auf Pflegegeld immer von Ärzten vollzogen, jedoch sind zunehmend auch diplomierte Fachkräfte darin tätig. Dabei werden vor Ort physische Fertigkeiten des jeweiligen Pflegegeldwerbers untersucht, die ausschlaggebend für den Erhalt der Basismaßnahmen wie Körperpflege, Grundreinigung, Haushalt sind. Für demente Menschen wird ein Erschwerniszuschlag erst ab der Pflegegeldstufe 4 fällig und auch nur dann, wenn es sich um eine aggressive Form der Demenz handelt.

Dass Angehörige oder Pflegekräfte auf Dauer physisch und psychisch extrem belastet sind, wird weder durch das Pflegegeld noch durch die in der Pflege geltenden Kollektivverträge adäquat abgebildet. Und von der schlechten Bezahlung der 24-Stunden-Betreuungskräfte, die letztlich wegen des eklatanten Einkommensunterschiedes zum Heimatland und fehlender öffentlicher (leistbarer) Pflegeplätze hier tätig sind, wird nicht gesprochen. Ohne sie würde das heimische Pflegesystem personell

und finanziell völlig zusammenbrechen. *)

Die Folgen zeigen sich bereits in der Praxis, in der es jetzt schon zur Unterversorgung kommt. Viele ältere Menschen haben noch den Ethos, dem Staat nicht auf der Tasche liegen zu wollen, und suchen um das Pflegegeld erst gar nicht an. Doch irgendwann geht es dann doch nicht mehr, und ein hilfsbereiter Angehöriger füllt dann endlich den Pflegegeldantrag aus. Viel ist es oft ohnehin nicht – von 157 Euro Pflegegeld in der Stufe 1 kann man sich privat nicht viel an Betreuung leisten.

Mitarbeiter der Pensionsversicherungsanstalt (PVA), die zwecks Einstufung in Haushalte kommen, erzählen von schwierigen Situationen: Wohnungen, in denen seit Monaten nicht gelüftet wurde; oder 18 Grad Raumtemperatur, die der abgemagerte 90-Jährige und seine demente Frau, die keine Fremden in die Wohnung lässt, weshalb die Wäsche seit zwei Jahren nicht mehr gewaschen und kaum noch etwas eingekauft wurde, gar nicht bemerken. Auch Kinder sind oft keine Garantie für eine gute Versorgung im Alter.

Leidende Angehörige und unterbezahlte Pflegekräfte

Jene, die ihre Eltern selbst pflegen, leiden still. Zur physischen und psychischen Belastung der pflegenden Angehörigen kommt meist auch noch die finanzielle. Und dann ist da noch die Perspektive der Pflegekräfte, höchst begehrt, aber äußerst schlecht bezahlt. Der durchschnittliche Stundenlohn einer mobilen diplomierten Pflegekraft im aktuellen Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Österreich beträgt nach zehnjähriger Dienstzeit an die 11 Euro netto. Die Stundensätze der mobilen Dienste variieren zwischen 50 Euro (Wien) und 80 Euro (Steiermark). Die Verrechnung ist intransparent, Leistungen der medizinischen Hauskrankenpflege werden ausschließlich mit dem Sozialversicherungsträger direkt verrechnet; dem Normalbürger entzieht sich, was ein Verbandswechsel oder eine Infusionstherapie wirklich

kostet, für Qualitätssicherung und Abklärungsgespräche gibt es keine eindeutig festgelegten Tarife.

Gesellschaftlich anerkannt ist, dass eine Arbeitsstunde eines Automechanikers 100 Euro oder mehr kostet. Es braucht eine gesellschaftspolitische Diskussion, warum für die Reparatur eines Fahrzeugs doppelt bis dreimal so viel ausgegeben wird wie für die Pflege von Menschen. Was bedeutet das für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, die erst am Beginn der Herausforderung steht, die durch die demografische Entwicklung seit Jahren bekannt ist?

Nach den Gesetzen des freien Marktes müsste eine Verknappung des Angebots an Pflegekräften zu einer Wertsteigerung der Arbeitskraft führen. Dieser Markt wurde in den vergangenen Jahren verzerrt und kaputtgespart. Es war ein Trugschluss, dass das Problem durch den Import von Billigarbeitskräften lösbar wäre. Ökonomen wissen längst darüber Bescheid, was sich in wachsenden Renditen der Unternehmen im Bereich der Gesundheitsökonomie beziehungsweise des privatisierten Pflegesektors abzeichnet, die wiederum nur durch sinkende Einkommen und Qualitätseinbußen zu erzielen sind.

Die Gewerkschaften haben lange nicht verstanden, dass sich eine solche Situation perfekt für Lohnforderungen eignet. Den Pflegekräf-

ten wurde in den vergangenen Jahren jegliche politische Mitbestimmung genommen und zugleich auch ökonomisches Denken abgesprochen. Denn eine freiberufliche Verrechnung von Leistungen ist im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) und im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) bis heute nicht vorgesehen, obwohl genau dies eine beträchtliche Entlastung der Ärzte und Ambulanzen bringen und den Pflegekräften jenes Einkommen sichern könnte, das ihnen zusteht. Nur mit einem Gesamtkonzept, das die Pflegekräfte wertschätzend miteinbezieht, sind die zukünftigen Herausforderungen langfristig zu meistern.

Dieser Beitrag wurde uns von der Autorin, Alexandra Prinz zur Verfügung gestellt. Erstveröffentlichung in der „Wiener Zeitung“, 14.2.2019. Der Beitrag wurde leicht gekürzt, auch Hervorhebungen stammen von der Redaktion. www.wienerzeitung.at/meinung/gast/kommentare/1017593_Wo-bleibt-der-Pflege-Masterplan.html

** siehe dazu auch den proSV/ÖSK-Beitrag zur Versicherung für die rund 60.000 zu 90% weiblichen Pflegekräfte, die praktisch in die offizielle Scheinselbstständigkeit getrieben wurden und an denen Wirtschaftskammer und Agenturen verdienen. <https://mosaik-blog.at/sva-sozialabbau-durch-kuerzung-des-krankengeldes/>*

BITTE VORMERKEN!

Podiumsdiskussion

EU: Auf dem Weg zur Kriegsunion
Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

Do., 9. Mai 2019 – 19.00 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Galerie, 1. Stock

Thomas Roithner
Friedensforscher

Franz Sieder
Kaplan, Betriebsseelsorger, Pax Christi

Nina Andree
Landesvorsitze Sozialistische Jugend OÖ

Marcus Strohmeier
ÖGB, Referat für Bildung, Freizeit und Kultur

Michael Kösten
GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg



„Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist“

Verkehrtes Österreich

- *Rechtsabbiegen für LKW ohne Abbiegeassistent.
Die Folge: weitere Tote auf dem Altar der Frächterlobby*
- *140 km/h auf Autobahnabschnitten*
- *dafür bis zu 7 Meter hohe Lärm“schutz“wände*
- *die Rettungsgasse auch für Leichenwagen geöffnet*
Eigentlich „folgerichtig“: Wenn schon bei Tempo 140 zu Tode kommen, dann sollen wenigstens die anderen schneller mit 140 weiterbolzen können. Nur keinen Profitstau durch Umdenken. Wenn schon schnell tot, dann auch schnell verräumt. Logisch. Profitlogisch.

Aus den Augen, aus dem Sinn, Hauptsache der Auto-, Lkw-Transport- und Straßenbau-Euro rollt schnell. Kinder dürfen Taferln und dem Minister die Daumen halten. Der hält sich an die Wirtschaftslobby und lässt weiter rechts abbiegen. Zu teuer!? Was ist das Leben eines Kindes, eines Radfahrers, eines Fußgängers der Wirtschaftslobby und ihrem Politikommissar wert? „Sicherheit“, „Schutz“ vor Gefährdung und „Gefährdern“, sonst die tägliche Holzhammer-Gehirnwäsche. Aber hier, bei Schutz vor Tod durch Verkehr, Klima oder Arbeitsbe- und -überlastung – kein Thema. Bitte warten. Inzwischen weiter sterben. Dafür kommt der Leichenwagen schneller ... Es hilft kein Daumen halten, nicht die Regierung, nicht die Wirtschaft. **Aber vielleicht helfen ein paar bewährte Rezepte aus der „Hausapotheke“ der arbeitenden Menschen: Mitgefühl, einfacher Menschenverstand, Zivilcourage, Solidarität, Widerstand!**

Karfreitag

Angriff auf Kollektivvertrag und Arbeitsverfassungsgesetz

Nach dem Sinn des Urteils des EuGH zum Karfreitag, hätten eigentlich alle Arbeiter und Angestellten einen bezahlten freien Tag bekommen sollen.

Doch die Regierung drehte denn Sinn des Urteils, das Gleichheit herstellten sollte, um, schaffte den freien Tag für die Evangelischen ab und machte ihn zum „persönlichen Feiertag für alle“ (= 1 Urlaubstag vom vorhandenen Urlaubsanspruch), also den einen nehmen und den anderen, der Mehrheit nix geben. Bundeskanzler Kurz' Worte waren eh verräterisch als er dazu sagt, das betrifft nur 4% der Bevölkerung, 96% nicht. Das nennt man Diskriminierung. Das ist das eine. Würde man aber die Unternehmer und ihre Regierung

nicht kennen, könnte man glauben, das sei nur verrückt und dumm. Aber dahinter steckt mehr.

Die arbeiterfeindliche Regierung nutzt das EuGH-Urteil als Vorwand, um per Gesetz in Kollektivvertrag und Arbeitsverfassungsgesetz einzugreifen. Das stört die Unternehmer natürlich nicht, im Gegenteil die jubeln, ist ja auch einseitig gegen die Arbeiter und Angestellten, gegen Gewerkschaften, Arbeiterkammer und Betriebsräte gerichtet.

Arbeits- und Lohndiktat per Gesetz

Das hatten wir zuletzt in den 1930er Jahren, in Austro- und Nazi-faschismus-Diktatur.

ÖGB, Achtung!

Die Herren Unternehmer-„Sozialpartner“ haben die „Sozialpartnerschaft“, an die die Gewerkschaftspitzen noch immer ihr Wohl und Wehe hängen, längst aufgekündigt. Die Industrie, die Unternehmenseite, interessiert immer weniger ein Ausgleich oder gar kein Ausgleich mit der Arbeiterseite. Das, was sie wollen, machen sie mit der Regierung per Gesetz, wenn es keinen Widerstand gibt. **Handeln, statt verhandeln muss daher die Devise der Gewerkschaft sein,** sonst verfliegt der zarte Mitgliederzuwachs wieder. Denn warum gewinnt der ÖGB Mitglieder? Weil die Menschen Schutz und Widerstand gegen die Unternehmer- und Regierungswillkür erhoffen/erwarten.

IV-Chef Kapsch:

Alle Feiertage in Urlaub umwandeln?

Übles Spiel mit verteilten Rollen

Nach dem Karfreitagsfiasko der Regierung meldete sich der Chef der Industriellenvereinigung (IV), Georg Kapsch, zu Wort. Er schlug die Umwandlung aller Feiertage in „persönlichen Urlaubstage“ vor und bezeichnete das als seine private Meinung.

Dieser Vorstoß wurde sofort von ÖGB und AK abgelehnt. Klar, würde das doch den Verlust aller Feiertagszuschläge bedeuten und die Planbarkeit und Vereinbarkeit von Arbeit und Freizeit würde noch unmöglicher werden als schon jetzt mit der Wiedereinführung von 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche.

Es kam aber auch postwendend von auf den ersten Blick unerwarteter Seite „scharfe“ Kritik an Kapsch, nämlich von der Regierung. Das sei „realitätsfremd“, so Wöginger von der ÖVP und „wird es nie in Österreich geben“, so Vilimsky von der FPÖ. Ja sogar die Industriellenvereinigung selbst distanzierte sich von ihrem Chef.

Abgesehen davon, dass nichts mehr unmöglich scheint bei dieser Regierung und die Begehrlichkeiten der Industrie nimmersatt sind: So macht das Ganze doch Sinn, wenn man bedenkt, dass die Industrie hier einen Luftballon startet, um zu sehen wie weit sie gehen kann.

Gleichzeit kann sich die Sozialabbau-Regierung indem sie die Industrie kritisiert, von der sie ja sonst tagtäglich ihre Sozialabbau-Aufträge bekommt, „sozial“ geben und so tun, als würde sie auf der Seite der Arbeitenden stehen. Ist ja schließlich bald EU-Wahl.

Insgesamt ein widerwärtiges, abgekartetes Spiel mit verteilten Rollen: Bad Cop IV-Chef Kapsch und Good Cop Regierung. Wer es doch glaubt, wird seine „blauen Wunder“ erleben.



Widerstand lohnt sich

Als eines ihrer ersten Vorhaben gegen die arbeitenden Menschen wollte die türkis-blaue Unternehmerregierung die Vertretung der Jugendlichen im Betrieb, die Jugendvertrauensrät*in-nen (JVR) abschaffen.

**#JVR
bleibt**

JUGENDVERDIENRESPEKT

Doch da hat sich die Regierung verrechnet. Wirksam protestierten JVR am ÖGB-Kongress mit zugeklebtem Mund bei der Rede von Frau „Unsozialministerin“, um zu demonstrieren, dass die Ministerin Lehrlinge und Jugendliche im Betrieb mundtot machen will.

Da die Regierung ja vorgibt, für die Jugend zu sein, sammelte die Gewerkschaftsjugend in einer Kampagne 40.000 Unterschriften und die Regierung musste (vorerst) die Finger vom JVR lassen. Man kann etwas tun, man kann sich wehren!

6,3

Milliarden Euro, das wäre laut Länderbericht der EU-Kommission das maximale Volumen einer Vermögenssteuer, die Österreich bei der nächste Steuerreform im Falle einer Einführung lukrieren könnte. Die Spannweite beweg sich von 2,7 bis 6,3 Milliarden Euro.

Als Grund für das Volumen nennt die EU-Kommission die in Österreich bestehende große Vermögensungleichheit. Auch wird eine Grundsteuer vorgeschlagen.

Steuerflucht: Weltweit 7,6 Billionen Euro unversteuert



Venezuela I

Wo bleibt die Achtung von Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht?

Jean Feyder, ehemaliger Botschafter Luxemburgs bei den Vereinten Nationen

Maduro, Präsident Venezuelas, wurde am 20. Mai 2018 wiedergewählt, und das durch Wahlen, die auf Anfrage der Opposition hin vorgezogen wurden und nicht erst im Dezember abgehalten wurden.

Im Februar 2018 fanden in der Dominikanischen Republik Verhandlungen über die Wahlorganisation unter dem ehemaligen spanischen Premierminister Zapatero statt. Es kam zu einer Einigung, doch im letzten Moment, als Zweifel über einen Sieg der Opposition aufkamen, zogen sich drei Oppositionsparteien, unter Einfluss der USA, zurück, mit

der Absicht, die Legitimität der Wahlen infrage zu stellen.

Doch 16 Parteien beteiligten sich, sechs Kandidaten stellten sich der Wahl zum Präsidenten. Fast 9,5 Millionen nahmen an der Wahl teil – 46 Prozent der Wähler. Es gab 150 internationale Wahlbeobachter, für die „die Wahlen recht transparent waren und den internationalen sowie der nationalen Gesetzgebung entsprachen“. Maduro gewann mit großer Mehrheit, mit 6,2 Mio. Stimmen (67,84%), gefolgt von Henri Falcón mit 1,9 Mio. (20,93%). Keiner der Kandidaten stellte die Resultate infrage.“

Quelle:

tageblatt.lu/headlines/venezuela-wo-bleibt-die-achtung-von-rechtsstaatlichkeit-und-voelkerrecht. 6. Februar 2019. 13:05 Uhr



Venezuela II

Die USA bereiten sich seit Jahren auf eine Militärintervention vor

Die seit Jahren verhängten Sanktionen gegen Venezuela sollen, wie es im Fall der Blockade gegen Kuba bereits 1960 in einem Memorandum der US-Regierung offen formuliert wurde, »Hunger, Elend und Verzweiflung« erzeugen.

In Washingtons Planspielen erfordert die Not der Bevölkerung dann irgendwann »humanitäre Hilfsmaßnahmen«, die notfalls mit einer militärischen Intervention durchgesetzt werden und zum Sturz unbequemer Regierungen führen. In Jugoslawien, dem Irak und Libyen, wo die Einrichtung eines »humanitären Korridors« jeweils einem Krieg vorausging, war die Methode erfolgreich. In Lateinamerika wird sie deshalb seit Jahren geübt.

So fand in der Karibik zum Beispiel unter dem Oberbefehl des Südkommandos der US-Streitkräfte (»Southcom«) im Juni 2017 das multinationale Militärmanöver »Trade-winds 2017« statt. Mehr als 2.500 Soldaten aus 15 Staaten der Region sowie den NATO-Ländern Kanada, Frankreich,

den Niederlanden und Großbritannien waren beteiligt. Nach Aussagen des damaligen Southcom-Befehlshabers Admiral Kurt W. Tidd bestand ein Ziel der Übung in der »Vorbereitung auf humanitäre Hilfseinsätze«. Ausgangspunkt des Manövers war der nur 30 Kilometer vor der venezolanischen Küste gelegene Marinehafen Chaguaramas auf der Kari-bikinsel Trinidad. Im April 2017 hatte Tidd erklärt: »Die wachsende humanitäre Krise in Venezuela könnte eine regionale Antwort erforderlich machen.«

Nur fünf Monate später wurde in dem »Tres Fronteras« genannten Dreiländereck zwischen Brasilien, Peru und Kolumbien das einwöchige Militärmanöver »Amazon Log 17« durchgeführt. Neben Truppen der drei Staaten waren – nach dem parlamentarischen Staatsstreich gegen die linke Präsidentin Dilma Rousseff – zum ersten Mal in der Geschichte auch die USA an einer Übung im Amazonasgebiet beteiligt. Auch dieses natürlich von Southcom überwachte Manöver diente offiziell

vor allem dem Training »humanitärer Hilfsmaßnahmen«.

Anfang Januar 2018 berichtete das strategische lateinamerikanische Zentrum für Geopolitik (Celag), dass 415 Angehörige der US-Luftwaffe zu einer Southcom-Übung mit dem Namen »Nuevos Horizontes« (NeueHorizonte) in Panamá eingetroffen waren. Ihr Auftrag seien der »Schutz« der Kanalzone sowie »humanitäre Einsätze«.

Und das multinationale Großmanöver in Guatemala im April 2018? Wie der Name »Ejercicio Fuerzas Aliadas Humanitarias« (Übung der verbündeten humanitären Streitkräfte) bereits verrät, bestand eine Aufgabe der Southcom unterstellten Einheiten natürlich in der Koordinierung von »humanitären Interventionen«.

Quelle:

Junge Welt, Ausgabe vom 16.02.2019, Seite 3 / Schwerpunkt Venezuela Washingtons »humanitäre Maßnahmen«. Von Volker Hermsdorf

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei, oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK

Verwendungszweck: Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Datenschutzerklärung:

Wir vom „Österreichischen Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen (ÖSK)“ nehmen den Schutz und die Sicherheit Ihrer Daten sehr ernst. Daher speichern und verarbeiten wir ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Persönliche Daten wie z.B. Name, E-Mail-Adresse, Adresse, Telefon oder andere persönliche Angaben, welche uns von Ihnen mitgeteilt wurden, werden von uns für den angegebenen Zweck, z.B. im Rahmen einer Anfrage oder einer Spende, verwendet, sicher verwahrt und nicht an unbeteiligte Dritte weitergegeben. Wir nutzen Ihre persönlichen Daten somit nur für die im Rahmen einer Spende oder schriftlichen oder mündlichen Bekundung zur Zusendung unserer Aussendungen in Papierform oder per E-Mail notwendigen Tätigkeiten oder für die Kommunikation mit Ihnen bzw. für die Zusendung von Informationen an Sie. Sie haben jederzeit das Recht Auskünfte über Umfang und Inhalt Ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten und diese gegebenenfalls berichtigen zu lassen. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung zur Verwendung Ihrer Daten zu den oben beschriebenen Zwecken jederzeit widerrufen. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten. Einen Widerruf oder Ihre Anfrage richten Sie bitte per E-Mail oder per Post, unter Angabe Ihres Namens bzw. Adresse, an uns. Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer (E-Mail-)Adresse bzw. der Einzahlung einer Spende erklären Sie Ihre Einwilligung zur Verwendung Ihrer und der angeführten Daten durch das „ÖSK“ zu den oben angeführten Zwecken.

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

141/19

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

Kuh-Urteil:

Bauernopfer? Nein, Bauernschutz statt Opferschutz

Ernsthaftes unernst ernst. Ganz im Ernst.

Könnten Kühe wählen, würden sie nur kurz wählen, denn nach 3 bis 5 Jahr (natürliche Lebenserwartung 30 bis 60 Jahre) geht's für die Milchkuh in den Schlachthof.

Es ist noch nicht bekannt ob Verköstingerministerin nachhaltig darüber nachgedacht hat, wie man zum Schutz die Bauern im Bunde, diese immer kleiner werdende Gruppe, auffetten könnte. Die 3,5% Fettgehalt der Vollmilch sind zwar zu wenig, aber neben den Bauern und deren Angehörigen könnten doch in Zukunft auch die Almgraser in den Bauernbund (237.000 Mitglieder) aufgenommen werden. Immerhin geht es doch um rund 300.000 Almviecher.



Ausreisezentren seien für die vierbeinigen Kälber zur Sicherheit der Zweibeiner nicht angedacht, auch nicht mit dem Polizeipferd-administranten abgesprochen worden. Auch gar nicht nötig,

da es ja bekanntlich Schlachthöfe dafür gibt.

Gefördert durch Senkung der Mehrwertsteuer werden hingegen Aufnahmezentren für sommerliche, vor allem germanische Arbeitsflüchtige.

Betretungsverbot auf den Almen wird's laut Verköstinger nicht geben, aber die Kühe werden auf eigene Gefahr den Germanenströmen ausgesetzt. Denn die Besitzer dieser Viecher, die Bauern, werden durch Änderung des ABGB teilweise aus der Haftung entlassen. Somit sollen sie keinen Schaden leiden, sind sie doch gleichzeitig gierig darauf, Touristenmassen zu empfangen. Zuletzt waren das 56 Millionen in ganz Österreich.

Der Anlass ist ernst und tragisch, die Zahlen wahr, die Regierungsmaßnahmen vor allem bauernschonend, die Haftungs- und Kostenentlastung der einen, wird die Haftpflicht der anderen und von der Tourismuswerbung das Gästeimage schonend als „Eigenverantwortung“ vermarktet.

Das alpine Privateigentum soll auch ohne Umzäunung heiliggesprochen bleiben. Gleichzeitig soll und darf es auf eigene Gefahr von Stadtflüchtigen benutzt werden. Der Zweck der Regelung ist die doppelte, profitable Vermarktung: für milchgebende Vierbeiner und für geldlassende Zweibeiner zum Nutzen der almbeheimateten Zweibeiner.

Nutztier und Nutzmensch. Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass. Das geht auf keine Kuhhaut. Eben! Weshalb die Viecher rebellisch werden und sich nicht an ihren Besitzern, sondern an den Benutzern rächen. Saublöd. Aber das ist eine andere Geschichte.



Wien, Heldenplatz, 12.00 Uhr

In Wien gehen seit Dezember 2018 SchülerInnen und StudentInnen auf die Straße und halten jeweils am Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr in Wien am Heldenplatz vor dem Ausweichquartier des Parlaments unter dem Motto „Fridays for Future“ einen „Schulstreik fürs Klima“ ab. Diese Aktion ist in Anlehnung an den „Skolstrejk för Klimatet“ der schwedischen Schülerin Greta Thunberg von „Climate Justice Now“ entstanden. In rund 300 Städten in Europa finden bereits solche Schulstreiks fürs Klima statt und am 15. März 2019 der „Weltweite Klimastreik“.

Wir, die Jugend, haben begonnen uns zu wehren. Wir werden das Schicksal der Menschheit ändern, ob ihr das nun mögt oder nicht. Gemeinsam werden wir uns am 15. März erheben und noch viele Male danach, bis Klimagerechtigkeit herrscht. Wir fordern die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf, Verantwortung zu übernehmen und diese Krise zu lösen oder zurückzutreten. Ihr habt in der Vergangenheit versagt. Wenn ihr weiterhin versagt, werden wir jungen Menschen selbst diesen Wandel vollziehen. Die Jugend dieser Welt hat begonnen, sich zu bewegen, und wird nicht wieder ruhen. (Fridays For Future, 2.3.2019)



Foto: © ggae

Auch das Österreichische Solidaritätskomitee sieht das so und unterstützt diese wichtigen Proteste aktiv.



Mittlerweile haben sich auch Wissenschaftler „Scientists4Future“ gegründet und unterstützen die internationalen Schulstreiks. <http://eepurl.com/giu9av>